

# Sri Lanka, Kashmir, Karachi ...

## Nepal muß nicht den selben Weg gehen

Der Himalayastaat Nepal sieht sich angesichts der Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der bewaffneten maoistischen Bewegung vor einem ernsthaften Menschenrechtsproblem, da dieser von der 'Communist Party of Nepal' (CPN-Maoist) vor vier Jahren begonnene "Volkskrieg" weitere regionale Konflikte wachzurütteln droht. 'Amnesty International' (ai) listet in einem neuen, wenig ermutigenden Bericht die Gewalttätigkeiten auf, die sowohl vonseiten der CPN als auch den Sicherheitskräften begangen wurden.

\* Die CPN hat seit dem Beginn des "Volkskrieg" 200 Menschen vorsätzlich getötet. Unter ihnen befinden sich viele zivile Opfer, die aufgrund ihrer Nähe zur regierenden 'Nepali Congress Party' (NCP) als "Feinde des Volkes" gebrandmarkt wurden.

\* Von diesen 200 Opfern wurden 80 alleine in den letzten 14 Monaten getötet. Auch vor der Ermordung von zwei 15-jährigen Jungen wurde nicht zurückgeschreckt. Durch die Einführung von illegalen Schnellgerichten wurden durch die maoistische Gruppe grausame Strafen ausgesprochen.

\* Ihrerseits hat die Polizei hunderte von Menschen unter fragwürdigen Umständen exekutiert, obwohl Möglichkeiten zur Inhaftierung bestanden hätten und obwohl sich einige bereits ergeben hatten. Die Gerichte besitzen keine gesetzliche Grundlage, um diese Verbrechen zu verfolgen.

\* Mindestens 400 der rund 800 in den vier Jahren auf das Konto der Polizei gehenden Opfer wurden vorsätzlich getötet. 44 Personen, unter ihnen Studenten und Anwälte, sind "verschwunden". Hilflose Angehörige versuchen vergeblich in Gerichten und Polizeistationen etwas über das Schicksal ihrer Angehörigen zu erfahren.

\* Wie ai durch zahlreiche Berichte in Erfahrung bringen konnte, sind Folter unter politischen und anderen Gefangenen üblich. Ein 21-jähriger Mann starb letzten Sommer nach sechstägiger Folter. Ein Brief der Regierung bestätigte, daß der Mann ein Opfer der "harten Behandlung" durch die Sicherheitskräfte wurde. In diesem Fall wurden die Verantwortlichen verhaftet und unter Mordanklage gestellt, andere Strafanzeigen hingegen ignoriert.

Nach Angaben von ai ist es "tragisch, daß solche Verbrechen zu einer Zeit stattfinden, in der Nepal sein erstes Jahrzehnt einer Mehrparteien-Demokratie nach Beendigung der 'panchayat'-Herrschaft feiert". "Die nepalische Regierung läuft Gefahr, die von seinen Nachbarstaaten gemachten Fehler zu wiederholen und die Polizei und die Verwaltung mit uneingeschränkter Macht auszustatten. ai ist sich dabei der Sicherheitsbedrohung durch den "Volkskrieg" und den damit

verbundenen Herausforderungen der Regierung in einer der ärmsten Länder der Welt bewußt. Aber draconische Gesetze sind weder ein sicherer noch ein effektiver Weg, um die Menschenrechte zu schützen. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, führen sie zur Radikalisierung der Gegner und setzen eine Spirale der Gewalt in Gang; auch werden sie oftmals mißbräuchlich gegen Zivilisten eingesetzt und führen zur Erodierung des Rechts. Minister und Parteiführer, die unter der 'panchat'-Herrschaft jahrelang im Gefängnis verbracht haben, sollten sich daran erinnern können", so die Menschenrechtsorganisation.

ai appelliert daher an die Regierung, ihre jüngsten politischen Initiativen zur Lösung des Konflikts mit einem klaren Signal der Nichttolerierung von Menschenrechtsverletzungen zu versehen - egal, ob diese von der CPN oder von der Polizei verübt werden. Außerdem wird die Regierung aufgefordert, neue Maßnahmen einzuleiten, um sicherzustellen, daß Vorwürfe unabhängig untersucht werden. ai mahnt zudem die längst überfällige Einberufung einer Menschenrechtskommission an.

ai-Generalsekretär Pierre Sané will diese Forderungen persönlich mit Regierungsministern in Kathmandu erörtern. Auf einer für vier Tage anberaumten Reise wird er außerdem mit Vertretern von NGOs, Studenten, Akademikern, Flüchtlingen und anderer Gruppen zusammenkommen, um die Menschenrechtssituation und die sich für Nepal stellenden Herausforderungen zu diskutieren.

Die Menschenrechtsorganisation drängt darüberhinaus die internationale Gemeinschaft, den Problemen in Nepal größeres Augenmerk zu schenken. In diesem Kontext begrüßt ai den aktuellen Nepal-Besuch der UN-Sonderberichterstatterin für extralegale und willkürliche Hinrichtungen, Asma Jehangir. "Es ist jetzt überaus wichtig, daß die Regierung den Ernst der Warnungen erkennt und sicherstellt, daß Nepal nicht zu einer weiteren südasiatischen Kriegszone und einer Zone von Menschenrechtsverletzungen wird", so ai.

(aus: ai-Index: 31/10/00)